Beschlussvorlage KT 0179/2022

Betreff: Beschluss Integriertes Klimaschutzkonzept für den Wartburgkreis

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Sitzungsart	Zuständigkeit
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	24.03.2022	nicht öffentlich	Vorberatung
Kreisausschuss	04.04.2022	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	05.04.2022	öffentlich	Entscheidung

I. Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt das vom November 2020 bis März 2022 im Rahmen der Kommunalrichtlinie erstellte Integrierte Klimaschutzkonzept für den Wartburgkreis, einschließlich des Aufbaus eines Klimaschutz-Controllings.

II. Begründung

Mit dem KT-Beschluss Nr. 784/2019 vom 27.03.2019 wurde der Landrat mit der Einstellung einer/s Klimaschutzmanagers/-in beauftragt.

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld „Kommunalrichtlinie“ des Bundes vom 1.10.2018 sowie durch Klima-Invest des Thüringer Umweltministeriums wurde vom 1.11.2020 bis zum 01.11.2022 eine Klimaschutzmanagerin eingestellt und bis März 2022 das integrierte Klimaschutzkonzept für den Wartburgkreis erarbeitet.

Unter Beteiligung der Fachämter des Landkreises und zahlreicher Institutionen und Akteure aus dem Wartburgkreis und mit externer fachlicher Unterstützung wurden

- bisherige klimaschutzrelevante Aktivitäten im Wartburgkreis aufgeführt,
- eine Energie- und Treibhausgasbilanz sowie ein Klimaschutz-Szenario erstellt,
- ein strategischer Leitfaden mit 30 Maßnahmen in 7 Handlungsfeldern zur Stärkung und Verankerung des Klimaschutzes als Querschnittsthema im Wartburgkreis erarbeitet.

Die Handlungsfelder des Klimaschutzkonzeptes wurden im Rahmen der Antragstellung auf Förderung durch den damaligen Ausschuss des Kreistages für Wirtschaft, Klimaschutz und Digitalisierung am 28.10.2019 festgelegt und sind nach weitergehender intensiver Diskussionen während des Erarbeitungsprozesses wie folgt formuliert:

- Strukturen und Strategien des Klimaschutzkonzeptes
- Beteiligung, Beratung und Bildung zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit
- Kreisverwaltung und Liegenschaften
- Erneuerbare Energien

- Nachhaltige Mobilität
- Klimaverträgliche Wirtschaft
- Anpassung an den Klimawandel und Versorgungssicherheit.

Arbeitsstände und entsprechende Präsentationen des Klimaschutzkonzeptes wurden in den Ausschüssen des Kreistages vorgestellt und diskutiert (Ausschuss für Wirtschaft, Klimaschutz und Digitalisierung: 23.11.2020, 16.02.2021 und 14.06.2021; Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung: 22.02.2022, Ausschuss für Schule, Sport und Kultur: 08.02.2022 sowie Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz: 23.11.2021, 23.02.2022, 24.03.2022 – ein Entwurf des Klimaschutzkonzeptes wurde den Mitgliedern dieses Ausschusses nach der Sitzung am 23.02.2022 vorab zur Verfügung gestellt). In den Redebeiträgen äußerten die Ausschussmitglieder durchweg ihre Zustimmung zum Klimaschutzkonzept und dessen Umsetzung.

Laut Vorgaben der Kommunalrichtlinie muss das erstellte Klimaschutzkonzept bis zum 30.04.2022 („18 Monate nach Beginn des Bewilligungszeitraumes“) beim Projektträger eingereicht werden. Dann kann noch im Rahmen der aktuellen Förderung „Klimaschutz-konzept und Klimaschutzmanagement“ bis Ende Oktober 2022 mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen werden.

Eine Förderung der Umsetzung des Konzeptes nach dem Oktober 2022 durch die Kommunalrichtlinie, aktualisiert am 22.11.2021 („Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement“) und weiterer Förderprogramme bedarf dieses Kreistagsbeschlusses, denn Bewilligungsvoraussetzung ist „ein Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums des Antragstellers zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie zum Aufbau eines Klimaschutz-Controllings“.

Die Finanzierung der Stelle zur Umsetzung des Konzeptes sowie erforderlicher Ausgaben im Bereich der Akteursbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit soll in den ersten drei Jahren sowohl aus Mitteln der Kommunalrichtlinie des Bundes als auch von Klima-Invest des Freistaates Thüringen mit einem Fördersatz von 60% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gefördert werden. Zur Sicherstellung der Verstetigung und nachhaltigen Wirkung soll die Personalstelle im Stellenplan festgeschrieben werden (siehe Beschlussvorlage Nr. 784/2019).

Zum Aufgabenbereich der Personalstelle gehört die querschnittsorientierte Bearbeitung von Maßnahmen, Prozessen und Projekten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung aus dem Konzept durch die Beantragung von weiteren Fördermitteln, Vernetzung und Zusammenarbeit innerhalb der Kreisverwaltung sowie mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und weiteren Akteuren aus den Handlungsfeldern.

gez. Krebs
Landrat